An das
Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.
Postfach 102020
69010 Heidelberg

Betr.: Auslandsrückgriff des Landes ……..,

vertreten durch die Unterhaltsvorschusskasse……

Kind…… , geb. ……..

DIJuF-Az. (soweit bekannt):……

Anliegend übersenden wir folgende Unterlagen für die Durchsetzung der auf das Land übergegangenen Unterhaltsansprüche der o.g. Kinder in
_____(Staat)

- ☐ Vollmacht und Haftungsausschlusserklärung der UV-Kasse
- ☐ Vollmacht der UV-Kasse an das Bundesamt für Justiz (Bern)
- ☐ Kostengutspracheformular
- ☐ Aktuelle Rückstandsberechnung (tabellarisch, nach Monaten für jeden Anspruchsinhaber separat)
- ☐ Fragebogen „Informationen zur Unterhaltsdurchsetzung“
- ☐ Eine beglaubigte Abschrift der vollstreckbaren Ausfertigung des Unterhaltstitels
- ☐ Internationale Geburtsurkunde des Kindes

Wir bitten folgende Besonderheiten zu beachten:

Informationen zur Unterhaltsdurchsetzung im Ausland – außer USA –

Unterhaltsvorschusskasse

I. Angaben zum Anspruchsinhaber

Land:	
Unterhaltsvorschusskasse:	
Anschrift:	
Telefonnummer:	
E-Mail	
Aktenzeichen:	
Anschrift:	
Leistungszeitraum	
Laufende Leistungen	Ja ☐ Nein ☐
Rückübertragungsvereinbarung:	Ja ☐ Nein ☐
Sorgerecht des betreuenden Elternteils	Gemeinsames ☐ Alleiniges ☐
Zustimmung des unterhaltspflichtige Elternteils erteilt	Ja ☐ Nein ☐

II. Angaben zum unterhaltsberechtigten Kind

Nachname:	
Vornamen:	
Geburtsdatum:	
Geburtsort:	
Staatsangehörigkeit(en):	
Eheliches Kind	Ja ☐ Nein ☐

III. Angaben zum Unterhaltstitel

1. Vaterschaft

Vaterschaft anerkannt oder festgestellt:	Ja ☐ Nein ☐
Gesetzliche Abstammung	Ja ☐ Nein ☐
Falls ja, Urkunde, Entscheidung:	

2. Unterhaltstitel

Eigener Unterhaltstitel des Leistungsträgers	Ja ☐ Nein ☐
Auf das Kind lautender Unterhaltstitel	Ja ☐ Nein ☐
Teilausfertigung vorhanden	Ja ☐ Nein ☐
Bezeichnung des Unterhaltstitels:	

IV. Angaben zum betreuenden Elternteil

Nachname:	
Geburtsname, ggf. geschiedener Name:	
Vornamen:	
Geburtsdatum:	
Geburtsort:	
Staatsangehörigkeit(en):	

V. Angaben zum verpflichteten Elternteil

Nachname:	
Vornamen:	
Familienstand:	
Geburtsdatum:	
Geburtsort:	
Staatsangehörigkeit(en):	
Anschrift:	
E-Mail:	
Derzeitige Beschäftigung:	
Weitere Unterhaltsberechtigte:	

Soweit bekannt:

Einkommens- und Vermögensverhältnisse:	
Bruttoeinkommen:	
Arbeitgeber:	
Vermögen: (Immobilien, Fahrzeuge, Bankkonten, Lebensversicherungen)	Bitte Wert angeben!

DEUTSCHES INSTITUT FÜR JUGENDHILFE UND FAMILIENRECHT E.V.

PROZESSVOLLMACHT

- von Unterhaltsvorschusskasse auszufüllen -

In der UV-Sache des minderjährigen Kindes .....

geb. am ..... in .....(Ort, Land)

gegen ..... in ..... (Land)

wegen Erstattung von Unterhaltsleistungen.....

erteilt hiermit die Unterhaltsvorschusskasse.....

als Vertreter des Landes.....

dem Deutschen Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e. V., Postfach 10 20 20, 69010 Heidelberg

Vollmacht

zur Führung des Prozesses und zur Zwangsvollstreckung sowie zum Inkasso mit der Befugnis, diese Vollmacht auf Dritte zu übertragen.

_____ _____

(Ort, Datum) (Unterschrift und Stempel des Vollmachtgebers)

DEUTSCHES INSTITUT FÜR JUGENDHILFE UND FAMILIENRECHT E.V.

ERKLÄRUNG

- von Unterhaltsvorschusskasse auszufüllen -

Es wird anerkannt, dass jede Haftung des Bevollmächtigten (DIJuF) aus dem von mir als Vertreter des Landes.....

In der UV-Sache des Kindes.....

erteilten Auftrag zur Prozessführung, Durchführung der Zwangsvollstreckung und Einziehung von Renten ausgeschlossen ist.

Ausgenommen von diesem Haftungsausschluss ist die Haftung für Schäden, die auf einer grob fahrlässigen Pflichtverletzung des Bevollmächtigten oder auf einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung eines gesetzlichen Vertreters oder Erfüllungsgehilfen des Bevollmächtigten beruhen. Ebenso ausgenommen ist die Haftung für Schäden aus der Verletzung einer wesentlichen Vertragspflicht oder einer Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit.

_____ _____

(Ort, Datum) (Unterschrift und Stempel des Auftraggebers)

VOLLMACHT

Hiermit ermächtigt die

…….....
Unterhaltsvorschusskasse

als Vertreter des Landes

…….....

das **Bundesamt für Justiz, Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement,** als Empfangsstelle in der **Schweiz** in Vertretung des …….**-Unterhaltsvorschusskasse-** gegen den Verpflichteten tätig zu werden, insbesondere den geforderten Unterhalt beizutreiben und Zahlungen in Empfang zu nehmen oder eine andere Person hierfür zu bestellen.

.....	.....
(Unterschrift und Stempel des Vollmachtgebers)	(Ort, Datum)

Aktenzeichen DIJuF: _____

Kostengutsprache & Bestätigung der Spesenvereinbarung

Aktenzeichen der UV-Kasse: _____

In Sachen

Name: _____

Vorname: _____

Geburtsdatum: _____

gegen

Name: _____

Vorname: _____

in: _____

wegen: _____

erteilt hiermit die _____(Unterhaltsvorschusskasse als Auftraggeber) dem Deutschen Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.

Kostengutsprache für die Übernahme der nachfolgend angekreuzten Kosten:

- ☐ Übersetzungskosten
- ☐ Anerkennungspauschale von 76,70 €
- ☐ Auslagenpauschale von 23,- €
- ☐ Auslagenpauschale von 51,10 € (Übersee)
- ☐ Ermittlungspauschale von 33,25 €

Ferner wird bestätigt, dass 10 % der erzielten Unterhaltsleistungen als Spesen für das DIJuF vereinbart sind.

_____ _____

(Ort, Datum) (Unterschrift des Auftraggebers, Stempel)

Informationsblatt bei Beteiligung von Unterhaltvorschusskassen im Hinblick auf die Rückstandsberechnung

In der Schweiz gibt es bei der Bearbeitung von auf öffentliche Träger übergegangenen Unterhaltsansprüchen Besonderheiten, die es zu beachten gilt.

Grundsätzlich leisten die Behörden in der Schweiz bei der Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen kostenfreie Rechtshilfe. Für die Ansprüche natürlicher Personen werden darüber hinaus auch keine Vollstreckungskosten in Rechnung gestellt. Bei Ansprüchen öffentlicher Träger (zB übergegangene Ansprüche nach § 7 UVG) wird zwar kostenfrei Rechtshilfe geleistet, die Vollstreckungskosten fallen jedoch an und sind vom öffentlichen Träger (zB UV-Kasse) zu tragen. Wie hoch diese Kosten sind, hängt vom Einzelfall ab. Sie können sich auf bis zu 500,00 CHF belaufen. Vorab wird von schweizerischer Seite eine Kostengutsprache angefordert.

Aus diesem Grund muss bei Antragstellung exakt ausgewiesen werden, wem welche Ansprüche für welchen Zeitraum zustehen. Dies gilt unabhängig davon, ob die Ansprüche rückübertragen wurden oder nicht. Wir bitten daher um Einreichung einer tabellarischen monatlichen Rückstandsberechnung, aus der ersichtlich ist, wem welche Ansprüche zustehen.